

## **Bericht**

### **des Europaausschusses**

über das Thema

#### **Kooperation mit Schleswig-Holstein im Bereich der Europapolitik u.a. zu folgenden Unterthemen:**

- **Kooperation Hanse-Office und gemeinsame Stelle, die beiden Parlamente zuarbeitet,**
- **gemeinsame Ausschussreise nach Brüssel,**
- **Finanzierung des Ostseejugendsekretariats,**
- **Vorbereitung Parlamentsforum Südliche Ostsee,**
- **Kommissar für Minderheiten in der EU-Kommission,**
- **STRING-Kooperation**

(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft(GO))

Vorsitz: **Robert Bläsing**

Schriftführung: **Sabine Steppat**

#### **I. Vorbemerkung**

Der Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft hatte in seiner Sitzung am 7. Juli 2014 einstimmig beschlossen, sich im Rahmen einer Selbstbefassung mit dieser Thematik zu befassen. Die abschließende Beratung erfolgte in der Sitzung des Europaausschusses am 28. November 2014. Zeitgleich tagte im selben Sitzungsraum der Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Dieser Bericht beinhaltet die Ausführungen beider Ausschüsse.

#### **II. Beratungsverlauf**

##### Kooperation Hanse-Office und gemeinsame Stelle, die beiden Parlamente zuarbeitet

Der Vorsitzende des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags berichtete, der Landtag habe für 2014 erwogen, im Hanse-Office eine Stelle - jeweils hälftig von Hamburg und Schleswig-Holstein finanziert - für eine direkte Zuarbeit der Parlamente von Hamburg und Schleswig-Holstein zu schaffen. Es gebe eine wachsende Anzahl von Ländern, die ähnlich verfahren würden. Die Bürgerschaft habe die Finanzierung der halben Stelle jedoch nicht übernehmen wollen. Er fragte nach den Gründen und ob es sich lohne, das Thema in der Zukunft noch einmal neu aufzugreifen.

Der Vorsitzende des Europaausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft erwiderte, die Bürgerschaft habe sich damit bisher nicht befasst. Er sah in dieser Idee einen interessanten Ansatz.

Die hamburgischen SPD-Abgeordneten bezeichneten diesen Vorschlag ebenfalls als interessant; das Thema sollte aber - ebenso wie die mögliche Neuregelung des Subsidiaritätsverfahrens - nicht mehr in dieser Legislaturperiode, sondern von der am 15. Februar 2015 neu gewählten Bürgerschaft bewegt werden. Bislang hätten sie den Bedarf nicht gesehen, da die Bürgerschaft vom Senat sehr umfassend und frühzeitig informiert werde.

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten führten aus, das Hanse-Office werde bei ihnen sehr stark als Gremium der Landesregierung wahrgenommen und sie erlebten andere Landtage, die diesbezüglich anders aufgestellt seien. Selbstverständlich bekämen auch sie Informationen aus Brüssel, aber es handele sich dabei dann immer um Informationen der Landesregierung. Möglicherweise könnten die beiden Ausschüsse eine gemeinsame Ausschussreise nach Brüssel dazu nutzen, sich über die Arbeit im Hanse-Office zu informieren und den Zuarbeitsbedarf der Parlamente zu definieren. Der Landtag habe die Schaffung einer solchen Stelle im Übrigen einvernehmlich und unstreitig befürwortet und würde es begrüßen, wenn die Bürgerschaft sich hinsichtlich der hälftigen Finanzierung einen Ruck geben könnte.

Die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstrichen Letzteres. Auch sie nahmen das Hanse-Office als eine Vertretung der Landesregierung wahr. In Landtagen wie Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, die bereits eigenes Personal in Brüssel beschäftigten, habe sich gezeigt, dass dort ein ganz anderer Blick - vor allem mit der Maßgabe, herauszuarbeiten, was für die Abgeordneten und Parlamente wichtig sei - auf die Geschehnisse in Brüssel geworfen werde. So könne die Legislative frühzeitig - und nicht erst zu einem viel späteren Zeitpunkt über die Landesregierung - informiert werden, mit welchen Gesetzesvorschlägen in absehbarer Zeit zu rechnen sei und wie diese zu bewerten seien. Dies sei vor allem wichtig, wenn die Parlamente ihrer mit dem Vertrag von Lissabon eingeräumten Aufgabe zur Mitgestaltung gerecht werden wollten.

Die hamburgischen CDU-Abgeordneten sahen sowohl beim Landtag als auch bei der Bürgerschaft ein großes Interesse an einer guten Vertretung in Brüssel, um alle relevanten Entscheidungen und Vorgänge mitzubekommen. Ihrer Kenntnis nach verlaufe die Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein nirgendwo so exzellent und unproblematisch, wie im Bereich der europäischen Fragen. Die Zusammenarbeit mit dem Senat sei grundsätzlich ebenfalls gut, auch wenn es sicherlich unterschiedliche Interessenlagen zwischen Parlament und Regierung gebe. Es müsse aber auch gesehen werden, dass das Schaffen von Stellen in einer Zeit, in der es generell darum gehe, Stellen abzubauen, nicht unproblematisch sei. Deshalb interessiere sie, welchen Mehrwert sich die Vertreterinnen und Vertreter des Schleswig-Holsteinischen Landtags von der Schaffung einer solchen Stelle genau versprächen.

Die hamburgischen CDU-Abgeordneten hielten die Anregung, sich über diese Thematik im Rahmen einer gemeinsamen Reise beider Ausschüsse auszutauschen für zielführend. Gleichzeitig könnte darüber beraten werden, wie die Zusammenarbeit auf der Basis des jetzigen Status quo intensiviert werden könnte.

Die Abgeordnete der GRÜNEN betonte, aus ihrer Sicht sei bereits diese gemeinsame Ausschussberatung ein erster Schritt in die richtige Richtung, denn er habe bereits dazu geführt, die hamburgischen Abgeordneten für diese Frage zu sensibilisieren. Auch sie plädierte dafür, sich vor Ort im Hanse-Office zu informieren und darüber auszutauschen, welchen Mehrwert eine solche zusätzliche Stelle für die Parlamente hätte. Im Übrigen teile sie die Einschätzung ihrer Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN. Sie habe sich zur Vorbereitung dieser Beratung noch einmal explizit mit dem einschlägigen Abschnitt im Koalitionsvertrag befasst und zitierte daraus folgenden Passus:

„Es soll gemeinsam mit Hamburg geprüft werden, das Hanse-Office in Brüssel zu einer Beratungsinstitution für schleswig-holsteinische und Hamburger Institutionen und Organisationen weiterzuentwickeln. Dies beinhaltet unter anderem, dass das Hanse-Office direkt europäische Fördermittel akquiriert und bei der Einwerbung von Fördermitteln Hilfestellung leistet.“

Die Abgeordnete der GRÜNEN begrüßte ausdrücklich, dass dies so explizit im Koalitionsvertrag erwähnt worden sei, weil auch in Hamburg immer überlegt werde, wie Sichtbarkeit und Erlebbarkeit von Europa sowie des Europäischen Gedankens gefördert werden und gleichzeitig die gefühlte Distanz zwischen Region und Brüssel verringert werden könne.

Die hamburgischen SPD-Abgeordneten griffen die Äußerungen der hamburgischen CDU-Abgeordneten auf und wiesen darauf hin, dass die Planungen der Freien und Hansestadt Hamburg kein Personalwachstum vorsähen. Sie sahen einen Diskussionsbedarf aber nicht nur in Bezug auf die mögliche Schaffung einer Stelle und deren sinnvollen Ausgestaltung. Sie hätten grundsätzlich auch ein Problem mit der Vorstellung, dass im Hanse-Office dann Exekutive und Legislative in einem Büro vereint seien, obwohl ansonsten immer sehr viel Wert auf die Trennung der Gewalten gelegt werde. Losgelöst davon leiste das Hanse-Office eine sehr gute Arbeit, insbesondere auch in dem von der Abgeordneten der GRÜNEN angesprochenen Bereich der Akquise von Fördermitteln. Die SPD-Abgeordneten interessiere aber in diesem Zusammenhang, warum von den vier von Schleswig-Holstein im Hanse-Office zu besetzenden Stellen seit zwei Jahren nur zwei oder drei tatsächlich besetzt gewesen seien.

Die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN antworteten, es handele sich dabei um Stellen der Landesregierung, deshalb könnten sie als Abgeordnete zu den Vakanzen nichts sagen.

Der Vorsitzende des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags erklärte, das Problem der Stellenbesetzung sei mehrfach im Europaausschuss thematisiert worden. Ein Hinderungsgrund, Bewerberinnen und Bewerber für die Stellen im Hanse-Office zu finden, sei beispielsweise die fehlende Perspektive für die Zeit nach der Tätigkeit in Brüssel gewesen. Die Landesregierung habe aber Besserung zugesichert und er sei zuversichtlich, dass sie sich an diese Zusagen halten werde; der Europaausschuss werde dies weiter beobachten.

#### Gemeinsame Ausschussreise nach Brüssel

Der Vorsitzende des Europaausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft bezeichnete den Vorschlag einer gemeinsamen Reise der beiden Europaausschüsse nach Brüssel als sehr zielführend. Er berichtete, in dieser Legislaturperiode habe der Europausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft eine Reise nach Straßburg durchgeführt. Deshalb biete sich in der nächsten Legislaturperiode ein Besuch in Brüssel an.

Die hamburgischen SPD-Abgeordneten schlossen an, sie würden eine gemeinsame Reise nach Brüssel ebenfalls begrüßen. Sie ergänzten, dass in dieser Legislaturperiode auf Einladung des Europaabgeordneten Knut Fleckenstein ebenfalls die Chance bestanden habe, an einer Reise dorthin teilzunehmen. Diese hätten aber nur die SPD-Abgeordneten und die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE wahrgenommen.

Der Vorsitzende des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags führte aus, auch sein Ausschuss sei immer noch an einer gemeinsamen Reise interessiert, müsse aber dazu anmerken, dass der Ausschuss sich für Ende Juni/Anfang Juli 2015 schon mit Mühe auf einen Termin verständigt habe. Er teilte im Übrigen mit, das Hanse-Office habe hinsichtlich der organisatorischen Abwicklung Bedenken geäußert, wenn zwei Ausschüsse zeitgleich und vollzählig in Brüssel seien. Über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Reise könne sich aber verständigt werden, wenn ein Termin gefunden sei. Im Übrigen berichtete er, dass die schleswig-holsteinischen Abgeordneten über Fraktionsgrenzen hinaus einen sehr engen Kontakt mit ihren Europaabgeordneten pflegten. Es werde versucht, mindestens einmal im Jahr mit diesen zu Gesprächen in Kiel zusammenzukommen.

Der Vorsitzende des Europaausschusses bestätigte, wie schwierig es sei, geeignete Termine zu finden. Hinsichtlich des eventuellen Problems mit einer zu großen Gruppe erklärte er, die Erfahrung habe gezeigt, dass es ohnehin nicht immer allen Ausschussmitgliedern aus terminlichen oder anderen Gründen möglich sei, an einer solchen Reise teilzunehmen.

#### Finanzierung des Ostseejugendsekretariats

Die hamburgischen SPD-Abgeordneten zeigten sich erfreut, dass es Dank der Anstrengungen aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern für 2015/2016 noch einmal gelungen sei, die entsprechenden Mittel in den Haushaltsplänen abzusichern. Es sollte aber schon jetzt darüber nachgedacht werden, wie ab 2017 mit dem Sekretariat umgegangen werde. Sie glaubten, alle seien sich einig, dass dort eine auch für die Kooperation gute und wichtige Arbeit geleistet werde. Im Rahmen des Parlamentsforums Südliche Ostsee seien bereits Überlegungen hinsichtlich einer strukturellen Veränderung aufgekommen - beispielsweise Umwandlung in einen Verein -, um so auch anderen Ostseeanrainerstaaten zu ermöglichen, sich an der Finanzierung zu beteiligen und so für eine langfristige Absicherung dieser wichtigen Institution zu sorgen.

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten unterstrichen, die zukünftigen Strukturen sollten auf die Agenden der anstehenden Parlamentariertreffen - Parlamentsforum Südliche Ostsee, Ostseeparlamentarierkonferenz - gesetzt werden. Schleswig-Holstein nehme die diesbezügliche Verantwortung sehr ernst und werde in 2015 und 2016 jeweils 20 Tsd. Euro bereitstellen, damit das Ostseejugendsekretariat seine Arbeit, von der sie alle miteinander überzeugt seien, fortführen könne.

Die SSW-Abgeordnete betonte, das Ostseejugendsekretariat leiste nicht nur gute, sondern auch wichtige Arbeit. Sie sei sehr froh, dass die Finanzierung bis 2016 sichergestellt sei, glaube aber, dass das gesamte Jahr 2015 dafür gebraucht werde, um eine nachhaltige Finanzierung für das Jugendostseesekretariat zu finden. Trotzdem befindet man sich jetzt auf einem guten Weg, was für sie vor zwei Jahren so noch nicht absehbar gewesen sei.

Der Vorsitzende des Hamburgischen Europaausschusses stellte fest, dass es wichtig sei, sich dieser Thematik zu widmen, um langfristig zu einer tragfähigen Lösung zu kommen.

#### Vorbereitung Parlamentsforum Südliche Ostsee

Die hamburgischen SPD-Abgeordneten führten an, dass Hamburg im nächsten Jahr als Gastgeberin der Konferenz vom 19. bis 21. April 2015 fungiere, was sie sehr freue. Als zu beratendes Thema habe die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft den

beteiligten Parlamenten „Wissenschaft- und Hochschulkooperation im Ostseeraum“ vorgeschlagen. Hamburg verfüge über zahlreiche Forschungsinstitute - beispielsweise Desy oder Center for Free-Electron Laser Science (CFEL) - , die sich für eine Besichtigung eigneten.

Üblicherweise gingen diesen Konferenzen zwei Vorbereitungstreffen voraus, aber wegen der Bürgerschaftswahlen im Februar und des dadurch entstehenden relativ kleinen zur Verfügung stehenden Zeitfensters werde diesmal versucht, mit einem Vorbereitungstreffen auszukommen. Als Termine würden zurzeit 26./27. sowie 29./30. März 2015 bei den beteiligten Parlamenten abgefragt. Sehr entgegenkommend und erfreulich sei, dass Schleswig-Holstein die Durchführung dieser Vorbereitungssitzung übernommen habe.

#### Kommissar für Minderheiten in der EU-Kommission

Die Abgeordnete der PIRATEN erläuterte, das eigentliche einstimmig vom Landtag beschlossene Anliegen sei die Forderung gewesen, der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein möge sich im Rahmen der Konstituierung der neuen EU-Kommission dafür einsetzen, dass Minderheiten einem Ressort zugeteilt würden. Dies sei nicht geglückt, sie wisse aber auch nicht genau, ob der Versuch tatsächlich unternommen worden sei. Bereits davor habe der Landtag zur Unterstützung der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) in ihrem Bemühen, Minority SafePack in Brüssel durchzusetzen, einen einstimmigen Beschluss gefasst.

Die Abgeordnete der PIRATEN sei sich sicher, dass Letzteres in Schleswig-Holstein Thema bleiben werde, nicht zuletzt, weil die Minderheiten in Schleswig-Holstein in der Verfassung geschützt seien. Sie interessierte, welche Relevanz dieses Thema für Hamburg habe und ob es eventuell gemeinsame Ansätze gebe. Sollte dies der Fall sein, könnte die gemeinsame Diskussion zu diesem Punkt nach der Bürgerschaftswahl vertieft werden.

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten wiesen darauf hin, dass die Minderheiten in Schleswig-Holstein nicht nur in der Verfassung geschützt, sondern mit dem SSW auch an der Regierung beteiligt seien. Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein habe im Übrigen nicht nur den interfraktionellen Antrag, in der EU-Kommission einen Ressort für Minderheiten einzurichten nach Brüssel transportiert, sondern er habe auch eine entsprechende Bundesratsinitiative gestartet. Diese könne allerdings nur erfolgreich sein, wenn andere Länder sie mittragen. Die Einbringung dieses Themas in die gemeinsame Sitzung biete also einen guten Anlass, um in Hamburg um entsprechende Unterstützung für diese aber auch weitere Initiativen zu werben.

Die hamburgischen CDU-Abgeordneten erklärten, sie sähen das Erfordernis eines solchen Kommissars als nicht so groß an. Diese Ansicht sei vor allem von dem Eindruck geprägt, dass die Zahl der Kommissare in Europa allgemein als nicht zu gering betrachtet werde, sondern eher das Gegenteil der Fall sei.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE begrüßte den diesbezüglichen Vorstoß des Schleswig-Holsteinischen Landtages und würde ihn vermutlich auch unterstützen können. Die Diskriminierung der Minderheiten, insbesondere seien die Sinti und Roma zu erwähnen, sei nach wie vor ein Problem.

Die SSW-Abgeordnete bedauerte, dass die EU-Kommission, allen voran ihr Präsident, es nicht für nötig gehalten habe, Minderheiten und Bürgerrechten ein bisschen mehr Platz in der EU zu geben. Es sei richtig, dass es genügend Kommissare gebe, des-

halb hätte einer von ihnen auch gut diesen Bereich gut aufgreifen können. Damit hätte Europa mit einem guten Beispiel vorangehen können. Schleswig-Holstein habe vorgemacht, wie es gehen könne. Es seien alle nationalen Minderheiten in der Verfassung aufgeführt und deshalb sei dies auch durch weitere Gesetze - wie beispielsweise das Schulgesetz - durchdeklariert worden. Der SSW sei zum ersten Mal ein Teil der Landesregierung und Minderheitenrechte zu akzeptieren, würde auch Europa gut tun. Nur wer seine Minderheiten richtig und gut behandelt sorge auch dafür, dass es Frieden gebe. Möglicherweise herrsche in Hamburg eine andere Sichtweise vor, weil es dort diese nationalen Minderheiten wie in Schleswig-Holstein nicht gebe. Nichtsdestotrotz sollte sich auch in Hamburg dafür eingesetzt werden, dass Minderheiten- und Bürgerrechte in der EU verankert würden. Sie freue sich auf den neuen Europausschuss, der sich dann möglicherweise von Schleswig-Holstein zeigen lasse, wie Minderheiten- und Bürgerrechte gelebt würden.

Die Abgeordnete der PIRATEN stellte klar, mit dem einstimmigen Beschluss sei kein weiterer Kommissar gefordert worden, sondern nur, dass die Verantwortung für diesen Bereich deutlich erkennbar sein müsse. Der Ministerpräsident sei es gewesen, der über diesen Beschluss hinausgegangen sei und einen eigenen Kommissar gefordert habe. Sie selbst sei der Überzeugung, dass die Anzahl der Kommissare gesenkt werden sollte, weil es irgendwann nicht mehr vermittelbar sei, so viel Geld für Strukturen auszugeben, ohne dass effizient gearbeitet werde.

In der Bundes-CDU, fuhr die Abgeordnete der PIRATEN fort, habe es eine Äußerung gegeben, dass es vorstellbar sei, eine Verantwortung für Minderheiten und Flüchtlinge zu formulieren. Über dieses Thema werde in den nächsten Monaten auf jeden Fall zu diskutieren sein, denn selbst wenn es zwischen den Parteien hierzu - und auch zum Thema Integration - unterschiedliche Positionierungen gebe, könnten diese Probleme nicht von einem Bundesland gelöst werden, sondern es bedürfe Strategien, die letztlich nur auf europäischer Ebene entwickelt werden könnten. Im Übrigen stellte sie klar, dass mit der Landesverfassung nur die deutschen Sinti und Roma, die seit Hunderten von Jahren hier lebten, als nationale Minderheit geschützt seien.

Die schleswig-holsteinischen CDU-Abgeordneten baten ebenfalls noch einmal um Unterstützung des interfraktionellen Antrags, mit der explizit kein eigener EU-Kommissar gefordert worden sei. Für die CDU-Fraktion seien die aktuelle politische Situation auf dem Balkan und die Flüchtlings situation ausschlagend für eine Zustimmung gewesen. Auch wenn es sich mittlerweile um sichere Herkunftsstaaten handele, sei sehr wohl bekannt, dass die Lebenssituation der Minderheiten auf dem Balkan stark Verbesserungswürdig sei. Deshalb wäre die ausdrückliche Übertragung der Zuständigkeit für die Aufgabe Flüchtlings- und Minderheitenpolitik auf einen EU-Kommissar ein deutliches Signal.

Die schleswig-holsteinischen CDU-Abgeordneten seien im Übrigen der Ansicht, dass gerade die Europäische Union in diesem Bereich noch sehr viel leisten müsse, um den Menschen in ihrer Heimat so ein Leben zu ermöglichen, dass sie gerne dort blieben. Sie betonten, bei dem interfraktionellen Antrag habe nicht der noch größere Schutz der nationalen Minderheiten in Schleswig-Holstein im Vordergrund gestanden, sondern die europäische Minderheitenpolitik.

Die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstrichen die bisherigen Ausführungen ihrer Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen aus Schleswig-Holstein und ergänzten, es gebe bei der interfraktionellen Forderung nicht um ein „Nice-to-have“, sondern darum, die diesbezügliche Arbeit auf EU-Ebene zu optimieren. In Europa

lebten weit über 60 Millionen Menschen, die zu einer Minderheit gehörten und für diesen Personenkreis bedürfe es klare Zuständigkeiten, damit Maßnahmen nicht durch die starke Streuung von Kompetenzen wie in der Vergangenheiten zwischen den unterschiedlichsten EU-Kommissariaten verplätscherten, sondern klarer vorangetrieben würden. Bisher seien Minderheitenfragen viel zu wenig im Fokus.

Der Vorsitzende des Europaausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft erklärte, das Thema sei hier in dieser Form noch nicht bewegt worden. Die vorgetragenen Argumente erschienen ihm aber nachvollziehbar zu sein. Bei der hohen Zahl von EU-Kommissaren und der teilweise großen Kleinteiligkeit der Kompetenzen sei es umso verwunderlicher, dass es für diesen signifikant bedeutenden Bereich keine klare Adressierung gebe. Hamburg sei durch die vielen aufzunehmenden Flüchtlinge von der Problematik sehr betroffen und habe sich diesbezüglich großen Herausforderungen zu stellen.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE führte an, in Hamburg gebe es einen Landesverein der Sinti, von wo aus mit Neid nach Schleswig-Holstein geblickt worden sei, weil dort die Minderheitenrechte in der Verfassung verankert seien. Ihr selbst gehe es auch so, Schleswig-Holstein habe diesbezüglich vorbildhaft gehandelt und sie sehe für Hamburg einen Handlungsbedarf. Es gebe einiges aufzuarbeiten, insbesondere beispielsweise hinsichtlich der Verfolgung der deutschen Sinti und ihre nach dem Zweiten Weltkrieg starke und bis heute andauernde Diskriminierung.

Die hamburgischen SPD-Abgeordneten erläuterten, sie seien mit einem Mitglied im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE), der sich stets sehr intensiv mit dem Thema Minderheitenschutz in 47 Mitgliedstaaten befasse. Möglichweise sollte die dort geleistete Arbeit stärker Richtung EU kommuniziert werden, um zwischen EU und Europarat Synergien zu schaffen.

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten brachten ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass sich der von ihrem Ministerpräsidenten gestarteten Bundesratsinitiative andere Länder anschlossen, bezeichneten die Chancen aber als nicht allzu groß. Im Übrigen gaben sie zu bedenken, dass die Diskriminierung der Sinti und Roma in diesem Kontext nur ein Problem unter vielen sei. Eine akzeptable und vorbildliche Minderheitenpolitik gebe es nur in den wenigsten EU-Staaten. Allein das sei schon ein Hinderungsgrund dafür, eine Mehrheit, geschweige denn einen Konsens dafür zu finden, Minderheitsfragen explizit einem Ressort zuzuteilen. Trotz dieser momentanen Aussichtslosigkeit sollte das Thema politisch immer wieder bewegt und diskutiert werden, um zumindest eine stärkere Bündelung für diesen Aufgabenbereich zu erreichen als es bisher der Fall gewesen sei. Immerhin gehe es in Teilen Europas um Minderheiten, die an nahezu 40 Prozent - beispielsweise in den baltischen Ländern - an der Gesamtbevölkerung heranreichten.

### STRING-Kooperation

Die hamburgischen SPD-Abgeordneten erläuterten, bei der STRING-Kooperation handele es sich um einen Zusammenschluss der Regionen Schleswig-Holstein, Hamburg, Seeland, der Hauptstadtrektion Kopenhagen und Schonen. Bei der Gründung des Netzwerkes im Jahre 1999 habe die feste Fehmarnbeltquerung im Vordergrund gestanden. Mittlerweile gebe es aber um mehr, nämlich auch um die Entwicklung einer gemeinsamen Identität und Themen wie Infrastruktur, Tourismus, Kultur, Forschung und Entwicklung, nachhaltiges Wachstum und Grenzbarrieren. Sie glaubten, dass Hamburg und Schleswig-Holstein von den sehr stark durch Wachstum geprägten Regionen in Skandinavien wesentlich profitierten.

### **III. Ausschussempfehlung**

Der Europaausschuss bittet die Bürgerschaft einstimmig um Kenntnisnahme seiner Beratungen.

**Sabine Steppat, Berichterstattung**